

II-1473 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7421J

1980-08-21

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. MOCK, Dr. KOHLMAIER, Dr. LANNER
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend die Entlassung von Finanzminister Dr. Hannes Androsch

Die Österreichische Volkspartei hat anlässlich der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des AKH-Skandals die Überprüfung von Verflechtungen zwischen öffentlichem Amt und privaten Geschäften verlangt, wie sie bereits damals im Zusammenhang mit Finanzminister Dr. Androsch öffentlich diskutiert wurden.

Dies hat die sozialistische Mehrheit des Nationalrates abgelehnt.

Seit der letzten Sitzung des Nationalrates am 3. Juli 1980 sind nun außerhalb des AKH-Untersuchungsausschusses Fakten bekannt geworden, die zeigen, daß der Finanzminister sowohl über seine Privatfirma "Consultatio" als auch über eine Reihe von Personen, die zu seinem Freundeskreis zählen und mit der "Consultatio" verbunden waren oder sind, in den AKH-Skandal verstrickt ist.

Besonders erschwerend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Dr. Androsch in den letzten eineinhalb Jahren versucht hat, seine Verbindungen zu den im Zusammenhang mit dem AKH-Skandal in gerichtliche Strafverfahren verwickelten, zum Teil in Untersuchungshaft befindlichen Personen gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit zu verschleiern.

Für diesen Verschleierungsversuch wurde sogar mehrfach das im Pressegesetz vorgesehene Entgegnungsrecht mißbraucht.

Dadurch ist es dem Finanzminister offensichtlich gelungen, seine Fraktion so zu täuschen, daß sie die parlamentarische Untersuchung der Querverbindungen und Verflechtungen seiner privaten Geschäfte mit seinen öffentlichen Funktionen verhindert hat.

Die Voraussetzungen jedoch waren falsch, denn es steht heute fest, daß der Finanzminister in mehreren Fällen die Unwahrheit gesagt hat und daß seine Firma "Consultatio" am Bau des AKH mitverdient hat.

Und hier die Fakten, welche die Verflechtung der privaten Geschäftsinteressen des Dr. Androsch mit dem AKH-Skandal beweisen:

- o Entgegen der Behauptung, daß es keine Geschäftsverbindungen zwischen der "Consultatio" und dem AKH gibt (Entgegnung gegenüber der "Presse" vom Juli 1980), hat die ÖKODATA, die sich den Großteil des unter zweifelhaften Umständen vergebenen Betriebsorganisations-Auftrages beim AKH sicherte, Zahlungen in Millionenhöhe an die "Consultatio" erbracht.
- o Entgegen der Behauptung, wonach der Finanzminister auf die Bestellung von Dr. Siegfried Wilfling zum Geschäftsführer der gemeindeeigenen Firma ODELGA keinerlei Einfluß genommen habe (Entgegnung gegenüber der "Presse" vom März 1980), regte Dr. Hannes Androsch im Jahre 1970 bei Dr. Josef Machtl die Einstellung Wilflings an.
- o Entgegen der Behauptung, wonach der ÖKODATA-Geschäftsführer, Dipl. Ing. Armin Rumpold, niemals der "Consultatio" angehört haben soll (Entgegnung gegenüber dem "Profil" vom August 1980), war dieser zwischen 15.11.1972 und

31.1.1976 Mitarbeiter der "Consultatio" und erhielt darüber sogar ein Dienstzeugnis ausgestellt, aufgrund dessen er später seine eigene Gewerbeberechtigung erlangte.

- o Entgegen der Behauptung, wonach Dipl.-Ing.Armin Rumpold niemals Vertreter der "Consultatio" gewesen sei (Entgegnung gegenüber dem "Profil" vom Februar 1979), nahm Dipl.-Ing.Armin Rumpold im Jahre 1974 an 21 Arbeitsgesprächen mit der Gemeinde Wien als Vertreter der "Consultatio" teil.
- o Entgegen der Behauptung, wonach Dkfm.Franz Bauer niemals im Zusammenhang mit der Spitalskostenrechnung und der Krankenhausrationalisierung als Unterhändler aufgetreten sei (Entgegnung gegenüber dem "Profil" vom Februar 1979), war Dkfm.Franz Bauer bei den Arbeitsgesprächen des Jahres 1974 über das Thema "Kostenrechnung" anwesend.

Da Rechtsanwalt Dr.Schuppich öffentlich erklärte, daß alle diese Entgegnungen ausschließlich aufgrund der Informationen des Finanzministers verlangt wurden, ergibt sich klar, daß dieser wiederholt die Unwahrheit verbreiten ließ, um seine Rolle im AKH-Skandal und seine Verbindungen zu den belasteten Personen zu vertuschen.

Darüber hinaus kam es im Zusammenhang mit Personen aus dem Androschkreis, die in die AKH-Affäre verstrickt sind, zu in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgten spektakulären Ereignissen:

- o Am 14. Juli 1980 mußte die von der AKPE eingeleitete Prüfung, ob im Zusammenhang mit der Vergabe des Betriebsorganisationsauftrages beim AKH der Vorwurf der Parteienfinanzierung zu Recht besteht, abgebrochen werden, weil die Vertreter der ABO,

darunter Dkfm. Peter Scharmüller (zugleich Geschäftsführer der ÖKODATA) und Bauer jun. (zugleich Mitarbeiter der "Consultatio") erklärten, die Gesellschafter der ABO seien nicht bereit, Einsicht in ihre Unterlagen zu gewähren.

- o Mitte Juli 1980 wurde bekannt, daß sich Steuerberater Dkfm. Franz Bauer, Teilhaber der Androsch-Firma "Consultatio" und deren langjähriger Geschäftsführer, genötigt sah, Selbstanzeige wegen der Nichtversteuerung von 2 Millionen Schilling zu erstatten.
- o Und schließlich erstattete Gesundheitsminister Dr. Salcher Strafanzeige gegen den ehemaligen "Consultatio"-Mitarbeiter Dipl.-Ing. Armin Rumpold im Zusammenhang mit dem "100 Millionen-Ding", das im Gesundheitsministerium Anfang 1979 aufgefliegen war.

Die Strafanzeige von Minister Dr. Salcher stellt eine Bestätigung der von der ÖVP immer wieder erhobenen Vorwürfe gegen die ARGE-Kostenrechnung dar.

Die seit der letzten Sitzung des Nationalrates bekannt gewordenen Fakten, insbesondere die erwiesenen Unwahrheiten, die vielleicht auch den Abgeordneten der SPÖ ein neues Gefühl für die Glaubwürdigkeit und das Handeln des Finanzministers vermitteln, machen es notwendig, den Finanzminister von seiner Funktion abuberufen.

Da "Androsch-Freunde" schon jetzt daran gehen anstelle der in Mißkredit geratenen ÖKODATA an derselben Adresse Ersatzfirmen zu gründen, um weiterhin am AKH mitzuverdienen, besteht der Verdacht, daß auch entsprechende "Freunde" in jene Funktionen gebracht werden, die in Zukunft über die Vergabe von Millionenaufträgen entscheiden.

- 5 -

Unbeschadet dessen, was der Untersuchungsausschuß des Nationalrates über die AKH-Affäre zutage bringen wird, steht fest:

- 1.) Der Finanzminister ist verantwortlich für die Auswahl der Aufsichtsräte und damit für die Bestellung des Vorstandes der AKPE, Dipl.-Ing. Winter, Dr. Schwaiger und Ing. Parzer.
- 2.) Der Finanzminister ist verantwortlich für die mangelhafte Kontrolle beim Einsatz von Steuermitteln bei der Errichtung des AKH.
- 3.) Es bestehen Querverbindungen und Verflechtungen zwischen den privaten Geschäften des Dr. Hannes Androsch und der öffentlichen Funktion des Finanzministers Dr. Androsch.
- 4.) Der Finanzminister hat im Zusammenhang mit der AKH-Affäre die Öffentlichkeit wiederholt falsch informiert.

Darüber hinaus sind schon in nächster Zeit im Zusammenhang mit dem AKH wichtige Entscheidungen zu treffen, die angesichts der Ereignisse nicht mehr von Dr. Androsch getroffen werden sollten:

- o Im September 1980 muß der Aufsichtsrat der AKPE neu bestellt werden.
- o Im Oktober wird ein Teil des Managements der AKPE neu bestellt.
- o Von den neuen Organen ist aber die Vergabe wichtiger Aufträge, z.B. der Nachfolgeauftrag der ABO, zu entscheiden.

Den Bundeskanzler trifft nun die Verpflichtung, sich von einem seine Verantwortung negierenden Regierungsmitglied zu trennen und seinen Äußerungen zu Fragen der politischen Moral und der politischen Glaubwürdigkeit die entsprechenden Taten folgen zu lassen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

A n f r a g e :

Werden Sie aufgrund der Tatsache, daß der Finanzminister öffentlich die Unwahrheit gesagt hat, und der deutlich gewordenen Verflechtungen seines öffentlichen Amtes mit seinen privaten Geschäften Dr. Hannes Androsch gemäß Art. 70 Abs. 1 B-VG dem Bundespräsidenten zur Entlassung vorschlagen ?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.